

Der geschröpfte Mittelstand

Natürlich zählt man als Arbeitsloser oder Hartz-IV-Empfänger nicht unbedingt zu den Gewinnern in dieser Gesellschaft. Doch auch als Mittelständler oder Normalverdiener hat man häufig nicht allzu viel Freude am täglichen Leben. Der Grund sind ständig steigenden Kosten, gegen die man sich nicht wehren kann, und hier insbesondere hohe Steuerbelastungen durch die so genannte »Kalte Progression«. Wer als Facharbeiter brutto 100 Euro mehr verdient, findet auf seinem Konto meist deutlich weniger als die Hälfte. Finanzamt und Sozialversicherungen haben den Rest vorher ohne jegliche Mehrleistung abkassiert. Damit nicht genug wird Mittelständlern auch bei allen sonstigen »öffentlichen« Gelegenheiten einiges abverlangt. Beispiel Kindergartenbeiträge: Während Geringverdiener nichts zu zahlen haben, werden Familien mit mittlerem Einkommen zum Teil bereits kräftig zur Kasse gebeten. Und wer seinen Nachwuchs gar studieren lässt, wird sich darüber wundern, dass es Bafög wirklich nur für »Arme« gibt. Die Liste dieser Belastungen ließe sich leider beliebig fortsetzen.

Zu beklagen ist dabei keineswegs, dass sich die wirtschaftlich stärkeren Bürger unserer Gesellschaft angemessen an der Solidargemeinschaft beteiligen, sondern dass gerade im Mittelstand die Belastungsgrenze häufig überschritten ist. Dies ist deshalb gefährlich, weil der Mittelstand das Rückrat unserer Gesellschaft ist. Auf die Schultern dieser bürgerlichen Mittelschicht stützt sich unser Land. Und dabei es ist gerade diese Mittelschicht, die am stärksten unter den wirtschaftlichen Verwerfungen der vergangenen Jahre zu leiden hatte. Von der Mittelschicht wird höchste Flexibilität erwartet. Die Mittelschicht ist leistungsbereit, spart, konsumiert und kümmert sich um ihre Kinder.

Die Freien Demokraten sind als Interessenvertreter angetreten, die Belastungen der Mittelschicht zu reduzieren. Es ist aus heutiger Sicht unerheblich, ob eine mögliche Steuerreform, die auch und gerade der Mittelschicht helfen soll, ein Jahr früher oder ein Jahr später kommt. Wichtig ist, dass sie überhaupt kommt und dass die großen Parteien eine solche Reform nicht bereits im Vorfeld zerreden. Gründe, Steuern nicht zu senken, gibt es jedes Jahr wieder aufs Neue. Doch trotz Finanzkrise und Griechenland taugen diese Gründe nur zu Wahlkampfzwecken. Und deshalb sollte die FDP mutiger mit ihrer Forderung nach Umsetzung sein. Dann kann sie sich auch bald schon wieder über zweistellige Wahlergebnisse freuen.

Walter Thomas
mitspitzerfeder@wochenpost.de